



BBU-Pressemitteilung 14.08.2020

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Älteste Anlagenteile der UAA Gronau 35 Jahre in Betrieb – NRW-Landesregierung soll sofortige Stilllegung veranlassen!

(Gronau, Bonn, Düsseldorf, 14.08.2020) Anlässlich des 35. Jahrestages der Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau (NRW) fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die sofortige Stilllegung der umstrittenen und bundesweit einzigartigen Atomfabrik. Die Anlage begann am 15. August 1985 mit der Produktion von angereichertem Uran, das die Grundlage für den Betrieb zahlreicher Atomkraftwerke im In- und Ausland ist. Am letzten Sonntag (9.8.) hatte das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen mit weiteren Friedens- und Umweltorganisationen vor der Anlage demonstriert, um auf die vielfältigen und langjährigen Gefahren der Anlage aufmerksam zu machen. Weitere Proteste werden folgen.

Betrieben wird die Gronauer Urananreicherungsanlage vom Urenco-Konzern, der international tätig ist, und der u. a. auch die niederländische Schwesteranlage in Almelo, 30 Kilometer westlich von Gronau betreibt. Der deutsche Zweig des Urenco-Konzerns ist jeweils zu 50% im Besitz der Energiekonzerne E.ON und RWE.

Atomausstieg in NRW konsequent umsetzen!

Seit bereits 35 Jahren wird in Gronau angereichertes Uran für Atomkraftwerke in aller Welt produziert – bisher ohne Laufzeitbegrenzung. „Die zuständige Landesregierung in Düsseldorf muss gemeinsam mit der Bundesregierung den Atomausstieg konsequent umsetzen. Die Anlage in Gronau darf da nicht außen vor bleiben“, fordert das Gronauer BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Beim Betrieb der Anlage fällt Atommüll an, der in großen Mengen unter dem freien Himmel neben der Anlage gelagert wird (Containerlager für abgereichertes Uranhexafluorid, UF₆). Neben der Urananreicherungsanlage wurde zudem eine Halle als „Zwischenlager“ für rund 60.000 Tonnen Atommüll in Form von Uranoxid gebaut. Eingelagert wurde dort aber bisher nicht.

Wiederholt gab es in der UAA Gronau Störfälle und 2010 wurde erstmals ein Arbeiter in der Anlage verstrahlt. Der BBU, weitere Umweltverbände und Bürgerinitiativen wie der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau befürchten, dass der Anlagenbetrieb mit zunehmendem Alter der Anlage noch unsicherer wird. Immerhin ist der älteste Anlagenbereich bereits 35 in Betrieb.

Proteste gegen Urantransporte und die atomwaffentaugliche Zentrifugentechnik

Weitere Gefahren gehen von den zahlreichen Urantransporten mit LKW und Sonderzügen von und zur Anreicherungsanlage aus. Hilfs- und Rettungskräfte wie das THW oder örtliche Feuerwehren an den Transportstrecken werden im Vorfeld nicht über die gefährlichen Transporte informiert. Auch Friedensorganisationen wie die Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) oder die Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) fordern immer wieder die Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage. Die Zentrifugentechnik, die in der Anlage zum Einsatz kommt, kann auch zur Produktion von Uran für Atomwaffen genutzt werden.

Schon vor dem Bau der UAA hat es in den 70er Jahren Proteste gegen die Anlage gegeben. Nach der Inbetriebnahme gab es ständig weitere Aktionen gegen die Gronauer Uranfabrik, gegen die Urantransporte und gegen den vorgeschalteten Uranabbau, der in Kanada, Afrika und anderswo erfolgt. Ein Höhepunkt der Proteste war 2011 ein Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage, an dem sich etwa 15.000 Personen beteiligt haben.

Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau ist schon seit 1981 gegen jegliche Nutzung der Atomenergie aktiv und der grenzüberschreitende Protest im Dreiländereck von NRW, Niedersachsen und Niederlande reißt nicht ab. Immer wieder fanden und finden Demonstrationen und Blockaden statt. Zentrale Forderung der Anti-Atomkraft-Initiativen und Friedensorganisationen: Die zuständige rot-grüne NRW-Landesregierung soll die sofortige Aufhebung aller für die UAA erteilten Betriebsgenehmigungen veranlassen. Dass das rechtlich möglich und machbar ist, wurde mehrfach mit Gutachten belegt. Die Atomaufsicht in NRW ist beim NRW-Wirtschaftsministerium angesiedelt. Mehr dazu unter <http://www.ippnw.de/atomenergie/atomrecht/artikel/de/gutachten-uranfabriken-koennen-stil.html>

Startet bald nächster Sonderzug mit Uranmüll ?

Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und auch sein Dachverband, der BBU, befürchten, dass in der zweiten Augushälfte erneut ein Sonderzug mit Uranmüll von der Gronauer Urananreicherungsanlage Richtung Russland starten wird. In der Vergangenheit gab es immer wieder Proteste gegen diese Art der Atommüll-Verschlebung

und auch gegen den weiteren Abtransport soll protestiert werden. Informationen dazu unter <https://sofa-ms.de> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>

Wichtiges Element der dauerhaften Proteste in und um Gronau gegen die Urananreicherung und die damit verbundenen Urantransporte sind die monatlichen Sonntagsspaziergänge. Sie finden seit Ende 1986 regelmäßig am ersten Sonntag im Monat an der Urananreicherungsanlage statt. Nächster Termin: 6. September. Wenige Tage nach dem Antikriegstag (1. September) wird dann auch wieder an die Verknüpfung der so genannten zivilen Atomenergie und deren militärischer Nutzung erinnert. Mehr zum Antikriegstag unter <https://www.friedenskooperative.de>

Protest auch wieder in Ahaus!

Der BBU, der Mitglied in der bundesweiten „Kooperation für den Frieden ist (<http://www.koop-frieden.de>), wird weiterhin die Proteste gegen jegliche Nutzung der Atomindustrie unterstützen. So begrüßt der BBU auch, dass am nächsten Sonntag (16.8.20) um 14 Uhr in der Innenstadt von Ahaus (am Mahner) gegen Atomanlagen und gegen die weitere Produktion von Atommüll, und gegen dessen Lagerung in Ahaus, demonstriert wird. Ahaus ist nur 20 Kilometer von Gronau entfernt (beide Orte liegen im Kreis Borken nahe der niederländischen Grenze). Die Proteste der Anti-Atomkraft-Bewegung konzentrieren sich oft gemeinsam gegen die Atomanlagen in Gronau und Ahaus. Informationen: <https://www.bi-ahaus.de>

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.